

Sanierung der US-Staatsfinanzen blockiert

Politiker in ideologischen Grabenkämpfen verfangen – Bevölkerung lehnt schmerzhaft Massnahmen ab – Ökonomen uneinig über Ursachen und Wirkungen

MARTIN GOLLMER

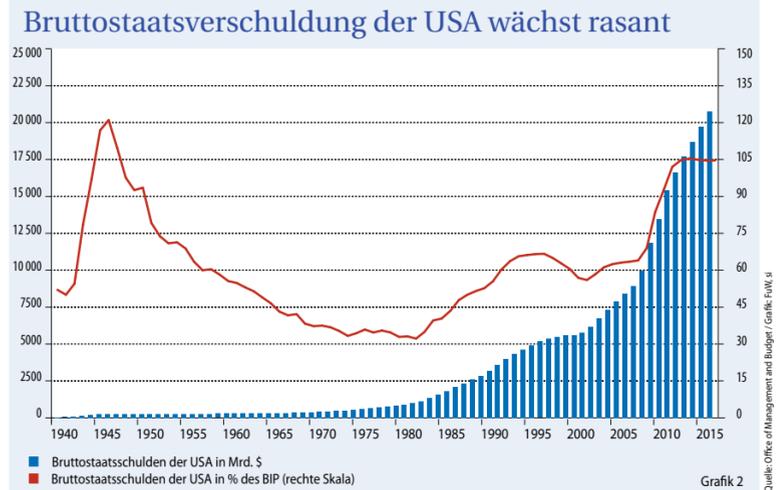
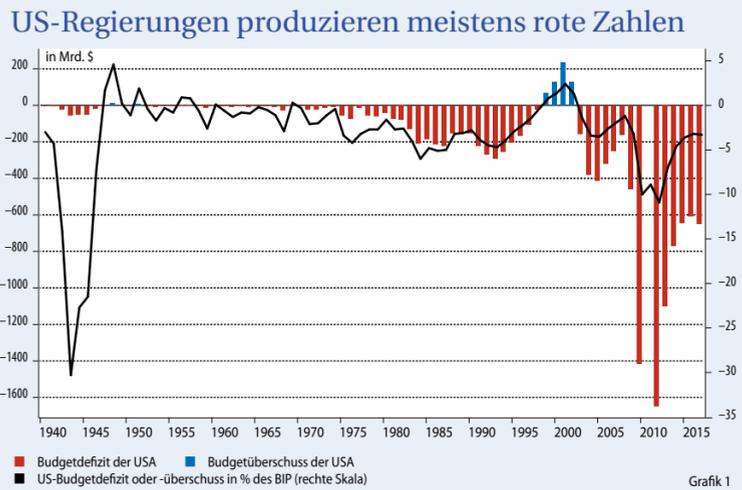
Das Management der US-Staatsfinanzen ist Politisieren auf des Messers Schneide. Zum dritten Mal in diesem Jahr konnte diese Woche die Schliessung der Bundesverwaltung wegen Geldmangels nur mit knapper Not vermieden werden. Diesen Samstag, 1. Oktober, dem Beginn des Fiskaljahres 2012, wäre es wieder so weit gewesen, hätte der Senat nicht am Montag eine Übergangsfinanzierung bis Mitte November beschlossen. Doch das Bangen geht weiter: Der von Demokraten und Republikanern errungene Kompromiss erlangt erst Rechtskraft, wenn ihm am Dienstag auch das Repräsentantenhaus zustimmt.

Die Finanzknappheit der Bundesverwaltung hat ihren Grund: Demokraten und Republikaner konnten sich bisher nicht auf ein Budget für das Fiskaljahr 2012 einigen. Der von Präsident Barack Obama schon im Februar vorgelegte Entwurf sieht ein Defizit von 1089 Mrd. \$ oder 7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. Der Vorschlag zielte darauf ab, das unhaltbar hoch gewordene Budgetdefizit auf ein vertretbareres Niveau zu drücken – und zwar durch Einsparungen bei einer Vielzahl von Ausgabenposten bei gleichzeitigen Ausgabenerhöhungen in einzelnen Bereichen wie erneuerbare Energien, die zukünftige Wirtschaftswachstum versprechen. Dadurch hätten die Defizite über das nächste Jahrzehnt hinweg um 1100 Mrd. \$ gesenkt werden können.

Vorschlag auf Vorschlag

Seither jagt ein Gegenvorschlag den anderen. Den vorläufig letzten brachte vor wenigen Tagen wiederum Obama auf. Er sieht vor, gleichzeitig für die Kosten des jüngst lancierten Plans zur Arbeitsplatzbeschaffung aufzukommen und Nettoeinsparungen von mehr als 3000 Mrd. \$ über die nächsten zehn Jahre umzusetzen. Das zusätzlich zu den rund 1000 Mrd. \$ an Einsparungen, denen Obama bereits im August im Rahmen eines Budgetkontrollgesetzes zugestimmt hatte.

Dass seit Februar nie eine Einigung für ein Budget zustande kam, ist darauf zurückzuführen, dass beide Parteien unerbittlich an ihren Dogmen festhalten. Die Republikaner verlangen – angetrieben von der populistisch argumentierenden konservativ-religiösen Tea-Party-Bewegung – einseitig nur Ausgabenkürzungen zur Defizitreduktion und wollen das Wirtschaftswachstum durch Steuererhöhungen antreiben. Die Demokraten und Obama dagegen drängen zur Ankurbelung der Konjunktur auch auf gezielte Ausgabenerhöhungen und wollen Ausgabenkürzungen an anderen Posten nur vornehmen, wenn die Steuern insbesondere für reiche Leute angehoben werden.



Amerikanerinnen und Amerikaner können in New York an der «Bundesschulden-Uhr» jederzeit verfolgen, wie die Staatsverschuldung der USA unentwegt steigt.

Ihre Unbeweglichkeit können die Politiker mit Umfragen in der Bevölkerung rechtfertigen: Jeweils eine knappe Mehrheit der Amerikaner lehnt gemäss CBS News/New York Times sowohl Ausgabenkürzungen wie Steuererhöhungen zur Defizitreduktion ab. Immerhin einigten sich die beiden Lager im August anlässlich der Ausarbeitung des Budgetkontrollgesetzes darauf, dass ein speziell zusammengesetzter Superausschuss einen Vorschlag zur Budgetdefizitreduktion ausarbeiten soll (vgl. Textkasten unten).

Während über das Wie der Defizitsenkung noch gestritten wird, ist das Ob unbestritten: Der Zustand der Staatsfinanzen ist unhaltbar. Seit 1970 produzierten

die verschiedenen US-Regierungen nur während vier Jahren – 1998 bis 2001 unter Präsident Bill Clinton – keine roten Zahlen (vgl. Grafik 1). In den Nullerjahren stiegen die Haushaltsdefizite rasch und explodierten zuletzt förmlich.

Schuldenberg wächst

Allen Parteien ist deshalb klar: Die Ausgabenüberschüsse müssen reduziert oder ganz ausgemerzt werden, damit die Staatsverschuldung nicht aus dem Ruder laufen. Sie haben sich nämlich in den vergangenen Jahren rasant erhöht und werden per Ende des Fiskaljahres 2011 gemäss Berechnungen des Office of Management and Budget

15 500 Mrd. \$ oder 103% des BIP erreicht haben (vgl. Grafik 2).

Damit befinden sich die USA weit über der 60%-Marke, die die EU für ihre Mitgliedstaaten als Grenze festgelegt hat (vgl. Grafik 3). Die Ratingagentur Standard & Poor's stuft deshalb die Bewertung der US-Bundesschuld Anfang August von der Höchstnote AAA einen Notch auf AA+ mit negativem Ausblick herunter. Das Budgetkontrollgesetz gehe zu wenig weit, und die Verabschiedung weiterer Sanierungsmassnahmen sei wegen der politischen Blockade unsicher, lautete die Begründung der Agentur.

Ökonomen sind sich uneinig darüber, ab welcher Höhe die Staatsverschuldung

kritisch wird. Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart etwa fanden heraus, dass in hoch entwickelten Nationen und in Schwellenländern Schuldenniveaus von über 90% des BIP zu bedeutend tieferen Wirtschaftswachstumsraten führten. Paul Krugman bestreitet dagegen die Existenz eines Höchstniveaus für die Staatsverschuldung. Er argumentiert, nicht eine hohe Verschuldung würde zu niedrigerem Wirtschaftswachstum führen, sondern umgekehrt sei ein niedriges Wirtschaftswachstum für die Entstehung einer hohen Staatsverschuldung verantwortlich. Die Politiker in Washington finden also auch bei den Ökonomen Argumente für ihr Tun oder Nichtstun in Sachen Staatsfinanzen.

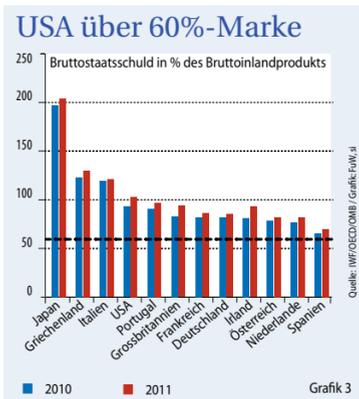
Superausschuss soll es richten

Die USA stehen einer ganzen Reihe von finanzpolitischen Herausforderungen gegenüber. Kurzfristig relevant ist, dass die Steuererhöhungen wegen der Rezession und wegen Steuererleichterungen der Regierung Bush deutlich abgenommen haben. Auf der anderen Seite haben die Ausgaben für die Kriege in Afghanistan und Irak, für die Konjunkturankurbelung sowie für Arbeitslosenentschädigungen und andere Sozialhilfeprogramme kräftig zugenommen. Langfristig bedeutsam ist, dass die Ausgaben für die Gesundheitsfürsorgeprogramme Medicare (Alter) und Medicaid (Armut) wegen der Demografie der USA schneller zunehmen, als die Volkswirtschaft wächst (vgl. Grafiken 4 und 5). Die Folge ist, dass die gegenwärtig hohen Budgetdefizite nicht abnehmen, sondern eher noch wachsen werden, wenn nichts getan wird.

Ein erster Pflock zur Defizitreduktion wurde Anfang August im Zusammenhang mit der Erhöhung der Verschuldungsgrenze eingeschlagen. Damals verständigten sich Demokraten und Republikaner nach hartem Ringen auf Ausgabenkürzungen von 1000 Mrd. \$ über zehn Jahre. Weil man sich aber nicht auf weitere Massnahmen zur Defizitsenkung einigen konnte, wurde ein Superausschuss bestehend aus

sechs Demokraten und Republikanern beider Parlamentskammern damit beauftragt, bis zum 23. November weitere Reduktionsmassnahmen von mindestens 1200 Mrd. \$ vorzuschlagen. Der Kongress müsste dann bis 23. Dezember darüber befinden. Gelingt weder im Ausschuss noch im Kongress eine Einigung, werden automatische Ausgabenkürzungen von 1200 Mrd. \$ über zehn Jahre vorgenommen, wobei die Hälfte auf den Bereich Sicherheit entfiel und die Gesundheitsförderungsprogramme ausgenommen wären.

Klar ist, dass nicht einfach die Ausgaben noch weiter heruntergeschraubt werden können, stellen diese doch die zweitwichtigste Komponente des US-Bruttoinlandsprodukts dar (vgl. Grafik 6). Präsident Obama hat deshalb schon durchblicken lassen, dass er keine Kürzungen an Medicare und Medicaid zulassen werde, wenn nicht auch Steuererhöhungen beschlossen würden. Letzteres wollen aber die Republikaner nicht. Politbeobachter halten einen Ausweg für möglich, indem durch eine Reform der Steuergesetze Vergünstigungen gestrichen und Schlupflöcher geschlossen werden könnten. Dadurch müssten keine Steuererhöhungen erhöht werden, um Mehreinnahmen für den Staat zu erzielen.



US-Wirtschaft im Fokus (5)

Die mit Abstand grösste Volkswirtschaft der Welt kommt nicht in die Gänge. Die Angst vor dem Rückfall Amerikas in die Rezession wächst, soziale Spannungen nehmen zu, und in Washington blockieren sich die Politiker gegenseitig. Mit einer umfassenden Serie beleuchtet «Finanz und Wirtschaft» in den kommenden Wochen die wichtigsten Bereiche der amerikanischen Wirtschaft und zeigt auf, wo die grundlegenden Probleme, aber auch die Chancen liegen.

Bereits publiziert wurden:
 «Im Land der begrenzten Möglichkeiten» (FuW Nr. 70 vom 3. September),
 «Schuldenabbau hemmt Konsumenten» (FuW Nr. 72 vom 10. September),
 «Der Umsatz ist zurück, die Stellen sind es nicht» (FuW Nr. 74 vom 17. September) und
 «Der Weg zur Normalität ist weit und steinig» (FuW Nr. 76 vom 24. September)

Als nächster Teil der Serie erscheint:

Finanzmarkt – amerikanische Grossbanken immer noch too big to fail

